

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Sitzungstermin: Mittwoch, 28.11.2018
Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:28 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Winter, Maria

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter
Hemken, Harald

GfE-Fraktion

Mettin, Rainer

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

FDP-Fraktion

Bolinus, Erich
Hoofdmann, Erwin

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Discus, Gerhard
Behrens, Sebastian
Fekken, Okka
Willms, Artur
Baumann, Ulrike
Sommer, Michael

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Winter begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 30.10.2018 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation vom 30.10.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 17/0869

Herr Jahnke stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2019 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Winter bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Haase bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Die neuen Entwicklungen seien grundsätzlich positiv. Der rein gesetzliche kommunale Finanzausgleich werde vermutlich in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Das Ziel der Konsolidierung sei möglicherweise leichter zu erreichen. Eine vernünftige Konsolidierungsberatung müsse gemeinschaftlich erfolgen, damit die finanzielle Sicherheit zukünftig gewährleistet sei. Ihn habe irritiert, dass im Laufe des Vormittags noch Änderungsanträge von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen seien. Er habe es bei den Beratungen in der letzten Sitzung so aufgefasst, dass möglichst auf

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Einzelanträge und Diskussionen bestimmter Einzelposten verzichtet werde, da im nächsten Jahr eine intensive Konsolidierung erfolgen solle. Die Reduzierung des Anteils an der Förderung „Fachpraktiker in sozialen Einrichtungen“ sei bereits von der Verwaltung eingearbeitet worden. Alle Fraktionen sollten sich einigen, dass gemeinschaftlich auf entsprechende Änderungsanträge verzichtet werde. Er hofft, dass der Haushalt möglichst einvernehmlich beschlossen werde. Die Konsolidierung für die nächsten Jahre sei eine enorme Aufgabe. Die SPD-Fraktion würde dem Haushaltsentwurf zustimmen, wenn sich keine großen Änderungen mehr ergeben. Der Haushalt sollte möglichst im Dezember in Hannover eingereicht werden, sodass die Ausschreibungen und Planungen frühzeitig im nächsten Jahr erfolgen können.

Herr Hegewald stimmt zu, dass möglichst zügig der Beschluss gefasst werden sollte. Eine späte Genehmigung habe einige Nachteile. Die Entwicklung der Zahlen sei zunächst positiv. Allerdings seien steigende Zuweisungen aus dem Finanzausgleich ein Zeichen dafür, dass die eigenen Einnahmen nicht positiv verlaufen. Höhere Gewerbesteuerzahlungen wären besser als eine hohe Finanzzuweisung, da diese ebenfalls risikobehaftet sei. Die positive Entwicklung dürfe nicht dazu führen, dass der Druck in den Konsolidierungsgesprächen nachlasse. Die Konsolidierung müsse in jedem Fall erfolgen. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt ebenfalls zustimmen. Es bestehe kein Änderungsbedarf.

Herr Bolinius teilt mit, die FDP-Fraktion habe am Wochenende Klausurtagung gehabt. Der Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen war äußerst optimistisch geplant. Er habe immer wieder an der Größenordnung Kritik geübt. Die Reduzierung auf 39 Mio. € sei zu begrüßen. Er hofft, dass Volkswagen zeitnah wieder Gewerbesteuern zahlen könne. Intern sei vereinbart worden, dass keine Änderungsanträge gestellt werden sollen, um eine zügige Entscheidung zu erzielen. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Wildtierverschlag werde die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Zu dem Zuschuss an die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben bittet er Herrn Jahnke um Stellungnahme. Der Zuschuss für eine Fachkraft bei Theartic sei abgelehnt worden. Für Personal solle kein Geld zur Verfügung gestellt werden. Möglicherweise stehen jedoch noch Restmittel zur Verfügung, um in diesem Jahr einen einmaligen Zuschuss zu gewähren. Die FDP-Fraktion könne dem Haushalt ebenfalls zustimmen, wenn keine gravierenden Änderungen mehr erfolgen.

Herr Renken erörtert, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe den Haushaltsentwurf ebenfalls am Wochenende gemeinsam mit Herrn Jahnke und Herrn Jakobs intensiv besprochen. Es seien einige Vorschläge eingebracht worden. Aus diesen Anregungen habe die Verwaltung die Förderung „Fachpraktiker in sozialen Einrichtungen“ reduziert. Er befürwortet, dass die risikoreichen Prognosen reduziert werden könnten. Das verbesserte Ergebnis möge den Druck zwar verringern, dennoch sollten größere Konsolidierungsanstrengungen unternommen werden.

Er sei verwundert, dass bisher alle Fraktionen äußern, dass Änderungsanträge nicht gewollt seien. Dies sei möglicherweise stillschweigend vereinbart worden. In der Vergangenheit seien jedoch selbst in den Ratssitzungen noch Abstimmungen über kurzfristige Änderungen von verschiedenen Fraktionen durchgeführt worden. Kurzfristige Anträge waren bisher immer möglich. Bei gutem Willen können auch kurzfristig konsensuale Entscheidungen getroffen werden. Die Verwaltung habe ebenfalls kurzfristig eine Änderungsliste eingebracht, wo kein Beratungs- und Abstimmungsbedarf bestehe. Durch die Anträge solle kein negatives Ergebnis hervorgebracht werden. Die Vorschläge zur Einsparung seien insofern verantwortungsbewusst. Die Einsparvorschläge hätten eine Größenordnung von ca. 50.000 €. Durch diese Einsparung könnte eine einmalige Zahlung an Theartic finanziert werden. Dieses wichtige Projekt für das Emdener Leben und für die Emdener Inklusionsarbeit sollte nicht gefährdet werden.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Durch den Änderungsantrag in Bezug auf den Schützencorps Emden könnte eine Regelung gefunden werden, die dem politischen Willen der Mehrheit des Rates entspreche. Das Wildtierverbot im Zirkus könnte dadurch tatsächlich umgesetzt werden. Die Fraktion habe bereits im letzten Jahr mit den Vorständen des Schützencorps Gespräche geführt. Es habe darüber Einigkeit bestanden, dass ein solcher Weg möglich sei. Diese Regelung könne nur im Einvernehmen mit dem Verein umgesetzt werden.

Zum Investitionsprogramm seien zwei Anträge gestellt worden. Die Ausstattung weiterer Schulen mit Trinkwasserspender sei schon formell als Antrag an den Schulausschuss gestellt worden. Es hätten mittlerweile weitere Schulen Interesse gemeldet. Herr Haase habe sich damals für die Weiterführung des Programms eingesetzt. Es sollte für die Installation eine Summe im städtischen Haushalt in 2019 eingestellt werden. Den Antrag zur Stärkung der Radverkehrsförderung habe er schriftlich ausführlich begründet. Diese Änderung würde den Haushalt nicht belasten, da noch zweckgebundene Rückstellungen aus Ablösebeiträgen für Einstellplätze vorhanden seien. Im Interesse des Klimaschutzes, der Sicherheit und der Förderung des Radfahrens sollte ein solcher Posten in den Haushalt eingestellt werden. Die Verwaltung sei seines Erachtens in der Lage, eine erhebliche Zuschussgewährung dafür einzuwerben. Eine Kreditaufnahme müsste nicht erfolgen.

Herr Mettin gibt an, die GfE-Fraktion werde dem Haushalt ebenfalls zustimmen. Die Einzelanträge sollten im Rahmen der Haushaltstrukturkommission behandelt werden.

Herr Jahnke begrüßt, dass trotz der verbesserten Zahlen alle Fraktionen die Konsolidierung konsequent durchführen wollen. Die Gewerbesteuerkurve sei in dieser Größenordnung immer noch risikobehaftet. Das Thema Jugendhilfe sei sehr intensiv in allen Fraktionen angesprochen worden. Es habe jedes Jahr eine überplanmäßige Ausgabe in einer Größenordnung von 2 Mio. € gegeben. In diesem Bereich bestehen weitere Risiken, die zu Verschlechterungen führen können. Es sollte daher dennoch eine intensive Konsolidierung im ersten Halbjahr 2019 durchgeführt werden.

Die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien tatsächlich relativ spät eingegangen, sodass eine Antwort per Mail bisher nicht mehr möglich war. Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben habe auf ein Schreiben von Frau Rogge-Mönchmeyer bezüglich des Zuschusses geantwortet. Dieses könne an die Mitglieder des Ausschusses versandt werden. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung könne über den weiteren Umgang mit dem Zuschuss entschieden werden. Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben habe dargelegt, was konkret für die Stadt Emden gemacht werde.

Der Anteil an der Förderung „Fachpraktiker in sozialen Einrichtungen“ sei bereits reduziert worden. Laut Abrechnungen sei die Hälfte ausreichend. Theartic habe im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung dargelegt, dass eine zusätzliche Stelle etabliert werden solle. Theartic erhalte einen Zuschuss in Höhe von 25.000 €. Über einen weiteren einmaligen Zuschuss könne diskutiert werden. Eine komplette Stelle solle jedoch nicht finanziert werden. Es sollte daher die klare Maßgabe erfolgen, dass ein weiterer Zuschuss einmalig gewährt werde. Dies sei eine politische Entscheidung. Frau Heimann sei eine „Säule“ von Theartic. Es sei fraglich, ob Theartic so erfolgreich weitergeführt werden könne, wenn Frau Heimann für die Leitung nicht mehr zur Verfügung stehe. Der Erfolg sei immer verbunden mit dem ganz persönlichen Engagement.

Für die Ausstattung der Schulen seien die Mittel auf eine halbe Million angehoben worden. Die Ausstattung mit Trinkwasserspender werde von den Stadtwerken unterstützt. Dies müsse aus dem vorhandenen Budget bestritten werden. Der Antrag verändere das bestehende Investitionsprogramm somit nicht.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Bezüglich des Radwegeprogramms habe er angefragt, inwieweit Ablösungsbeiträge zweckgebunden zur Verfügung stehen. Eventuell können aus diesen Beträgen die Mittel für das Radwegeprogramm erhöht werden. Dies könne detailliert in der Haushaltsstrukturkommission betrachtet werden. Die CDU-Fraktion habe ebenfalls das Thema angesprochen, wo Busse in der Stadt vernünftig parken können.

Herr Haase bemerkt, dass alle Fraktionen sich ernsthaft mit dem Haushalt auseinandergesetzt haben. Über den Zuschuss an die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben sollte im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beraten werden. Die Unterlagen müssten zunächst geprüft werden. Die Anregung bezüglich der Förderung „Fachpraktiker in sozialen Einrichtungen“ sei bereits eingearbeitet. Die SPD-Fraktion werde für Theartic nur einer einmaligen Zahlung zustimmen. Es könne nicht gerechtfertigt werden, in anderen Kultureinrichtungen Planstellen zu streichen, um woanders eine neue dauerhafte Stelle einzurichten. Eine einmalige Zahlung aus Haushaltsresten von 2018 würde die SPD-Fraktion unterstützen. Selbstverständlich sei er für die Installation der Trinkwasserspender. Das Schulbudget sei allerdings erhöht worden, sodass keine Erweiterung des Haushaltes notwendig sei. Es gebe einige verkehrliche Probleme in Emden. Es sollte geprüft werden, ob das Radwegeprogramm im Rahmen der Ablösebeiträge erweitert werden könne. Dies sollte im Rahmen der Konsolidierung thematisiert werden, um dauerhafte und vernünftige Lösungen zu erarbeiten.

Herr Renken bedankt sich bei Herrn Jahnke für die verschiedenen Vorschläge zum Umgang mit den Anträgen. Die Fraktionen könnten bis zum Verwaltungsausschuss Rücksprache halten und sich dort dann äußern. Die Vorschläge seien seines Erachtens praktikabel. Er befürwortet die Vorschläge von Herrn Jahnke. In der heutigen Sitzung müsse nicht über diese Anträge abgestimmt werden. Die Umsetzung im Einzelnen sollte nochmal besprochen werden.

Herr Hegewald ist der Ansicht, dass die Verschuldung gesenkt werden müsse. In dieser Hinsicht bestehe ein gewisses Risiko, da die Zinsen in den nächsten Jahren wohlmöglich weiter steigen werden. Er bittet im Rahmen der Konsolidierung aufzuzeigen, was ein halbes Prozent oder ein Prozent Zinserhöhung für den Haushalt bedeuten würde.

Herr Jahnke nimmt die Frage auf. Diese könne in der ersten Sitzung der Haushaltsstrukturkommission am 09.01.2019 beantwortet werden.

Herr Bolinius stellt fest, er habe die Unterlagen für die Haushaltsstrukturkommission bereits intensiv durchgearbeitet. Jeder der FDP-Fraktion solle 20 Vorschläge unterbreiten, die dann diskutiert werden können. Die Fraktionen seien auf die Mithilfe der Verwaltung angewiesen, da Millionen-Beträge eingespart werden sollen.

Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen koste 400 € pro Tag. Teilweise sei nur eine Unterbringung weit außerhalb von Emden möglich. Es sollte ernsthaft geprüft werden, in Emden eine eigene Einrichtung aufzubauen.

Für den Radweg von Papenburg bis Emden müssen sicherlich ebenfalls Mittel eingesetzt werden. Die Strecke sei teilweise völlig desolat. Mit dem Radwegeprogramm sollten sich die Fraktionen in jedem Fall beschäftigen.

Herr Jahnke weist darauf hin, dass über eine eigene Einrichtung für die Unterbringung von Kinder und Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss beraten worden sei. Die Umsetzung werde zurzeit geprüft.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Haushaltssatzung und das Investitionsprogramm der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2019.

Der Rat der Stadt Emden beschließt darüber hinaus die Wirtschaftspläne 2019 der optimierten Regiebetriebe 836 Rettungsdienst und 841 KULTUREvents Emden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Emden Gleichstellungsplan für die Jahre 2018 bis 2020
Vorlage: 17/0899

Herr Discus erklärt, der Gleichstellungsplan sei eine Handlungsgrundlage für die Verwaltung. Dieser werde an geeigneter Stelle veröffentlicht, sodass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen zur Kenntnis nehmen können. Die genannten Ziele sollen im Laufe der Zeit erreicht werden. Es seien gewisse Tendenzen erkennbar.

Frau Baumann erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Emden Gleichstellungsplan für die Jahre 2018 bis 2020.

Herr Bolinius fragt, welche Inhalte die Wissensdatenbank enthalte.

Herr Discus schildert, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten ein enormes Erfahrungswissen. Diverses Wissen und Informationen würden in Rahmen von Wissensdatenbanken in den einzelnen Bereichen in Dateien schriftlich erfasst. Beispielsweise habe er den Ablauf bei einem Streik beschrieben. Solche Informationen würden den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Vertretern von erkrankten Personen bei der Arbeit helfen. In den einzelnen Organisationseinheiten gebe es unterschiedliche Modelle. Die Wissensdatenbank sei äußerst sinnvoll.

Anschließend setzt **Frau Baumann** die Präsentation weiter fort.

Herr Bolinius möchte wissen, ob die Nachwuchskräftebildung für die Zukunft in Emden durchgeführt werde.

Herr Discus gibt an, dass die Schulung sowohl extern als auch intern stattfindet. Die Schulungen würden tageweise in Modulen angeboten.

Frau Baumann setzt die Präsentation weiter fort.

Herr Haase bittet um Auskunft, wie viele Belegplätze in Krippen / Kindergärten vorgehalten werden.

Herr Discus antwortet, dass drei Plätze vorgehalten werden. Diese seien derzeit ausreichend.

Frau Winter bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Discus erläutert, es bestehe ein enger Kontakt zur Gleichstellungsstelle, zur Personalvertretung sowie zur Schwerbehindertenvertretung. Die Berufsfelder würden meist

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

klassisch besetzt. Beispielsweise habe sich noch keine Feuerwehrfrau beworben. Es könnte in diesem Bereich selbst ausgebildet werden, um die Unterrepräsentanz von Frauen zu verringern. Im Verwaltungsbereich gebe es große Probleme bei Nachbesetzungen. Im Sozialbereich habe sich dies relativiert. Bei den technischen Berufen im höherwertigen Bereich gebe es ebenfalls Probleme. Der BEE wolle daher die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich qualifizieren. Die eigene Ausbildung könnte ein Weg für die Zukunft sein. Eine entsprechende Bindung des Personals könnte dadurch ebenfalls erreicht werden. Die Entwicklung werde einige Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Renken stellt fest, dass für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf innerhalb der Verwaltung sehr viel unternommen werde. Dies sei anerkennenswert und nicht in jeder Stadt so ausgeprägt. Die hohe Fluktuation von 9 % pro Jahr sei überraschend. Er fragt, inwieweit damit personell umgegangen werde und ob dies an der Altersstruktur oder an der Arbeitszufriedenheit liege. Er bittet Frau Fekken um Auskunft, an welchen Hauptschwerpunkten gearbeitet werden müsse. Er fragt, ob auf der Führungskräfteebene ein größerer Handlungsbedarf bestehe.

Herr Discus teilt mit, die Fluktuation von 9 % setze sich aus normalen Altersabgängen und anderen Wechselgründen zusammen. Als Beispiel nennt er einen Wohnortwechsel oder die Bewerbung auf eine höherwertige Stelle in einem anderen Ort. Die Schwierigkeiten bei den Nachbesetzungen führen zu längeren Vakanzzeiten und zu Problemen bei der Arbeitserfüllung. Die Gründe seien tatsächlich vielfältig. In den kommenden Jahren werde es viele Abgänge im Führungsbereich geben. Die Stellen sollen dann zunächst möglichst mit dem eigenen Personal wiederbesetzt werden. Dies schaffe eine höhere Arbeitszufriedenheit. Der Ausbildungsbereich könnte ein „Schlüssel“ sein, um Ungleichgewichtung auf lange Sicht zu vermeiden. In den letzten Jahren hätten sich mehr Frauen beworben, sodass in diesem Bereich die Unterrepräsentanz beseitigt worden sei. Diese schiebe sich weiter nach oben. Die Abgänge seien nicht untypisch. Natürlich seien auch einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Situation unzufrieden. Damit werde jedoch nicht bei jedem Abgang unbedingt offen umgegangen. Teilweise würden andere Gründe vorgeschoben. Gemessen an der Gesamtzahl der Bediensteten seien 9 % nicht ausgesprochen viel. Die Anzahl werde wahrscheinlich in den nächsten Jahren steigen.

Frau Fekken fügt hinzu, teilweise würden auch Ehefrauen mit ihrem Ehemann in einen Ort ziehen, da diese beispielsweise bei Thyssen nicht mehr weiterbeschäftigt wurden. Bei Volkswagen würden die Verträge von 500 Personen nicht weiter verlängert. Teilweise werden sicherlich einige der Betroffenen mit ihren Familien Emden verlassen. Die Gründe seien sehr vielfältig. Die Sicherheit des öffentlichen Dienstes habe immer eine große Rolle gespielt. Insbesondere in sozialen Berufen sei mittlerweile jedoch bei freien Trägern die Karrieremöglichkeiten besser. Die Bezahlung sei ebenfalls ausschlaggebend. Im Bereich des höheren Dienstes gebe es tatsächlich eine Unterrepräsentanz. Die Unterrepräsentanzen würden im Vergleich mit den Vorjahren immer mehr nach oben wachsen. Dies sei eine positive Entwicklung. In absoluten Zahlen könne festgestellt werden, dass insbesondere im gehobenen Dienst gute Zuwächse seien. Sie sei natürlich in allen Prozessen bei Personalangelegenheiten eingebunden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 15 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Städteanleihe

Herr Jahnke teilt mit, dass Herr Sommer das Ergebnis der deutschen Städteanleihe mitteilen wolle. Zu der Thematik habe es einen Leserbrief eines ehemaligen Rats Herrn gegeben. Er habe Verständnis, wenn einige Bürgerinnen und Bürger das Instrument Anleihe nicht sofort verstehen. Dieses Verständnis habe er bei einem ehemaligen Rats Herrn, der sogar an Konsolidierungsrunden teilgenommen habe, nicht. Bei dem Thema Anleihe gehe es um eine langfristige Zinssicherung zu den bestmöglichen Konditionen für den städtischen Haushalt. Es gehe keineswegs um irgendwelche Spekulationen. Daher kritisiere er den Leserbrief enorm. Die Darstellung war äußerst inkompetent. Es sei nicht in Ordnung, dass ein ehemaliger Rats Herr in Form eines Leserbriefes den Bürgerinnen und Bürgern eine völlig falsche Tatsache darstelle. Herr Sommer habe eine hervorragende Arbeit geleistet. Langfristige Finanzierungen zu günstigen und gesicherten Konditionen seien für den Haushalt wichtig. Diesbezüglich gebe es verschiedenste Instrumente.

Herr Sommer verweist auf die Pressemitteilung aus „Der Neue Kämmerer“. Diese sei am Nachmittag veröffentlicht worden. Die Anleihe habe ein Volumen von 200 Mio. €. Der Anteil der Stadt Emden liege bei 25 Mio. €. Es konnte ein Kupon von 1,0 % bei einer Laufzeit von 10 Jahren erzielt werden. Die Anleihe war 1,68-fach überzeichnet. Es seien Gebote über 337,5 Mio. € erzielt worden. 50 % der Gesamtsumme sei an den Sparkassensektor im gesamten Bundesgebiet gegangen. Der Referenzsatz konnte mit einem Spreadaufschlag von 20 Basispunkten fixiert werden. Aufgrund der guten Gebotslage sei dies das Beste, was bislang bei einer Städteanleihe erreicht worden sei.

TOP 8 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.